

Christian Wolff

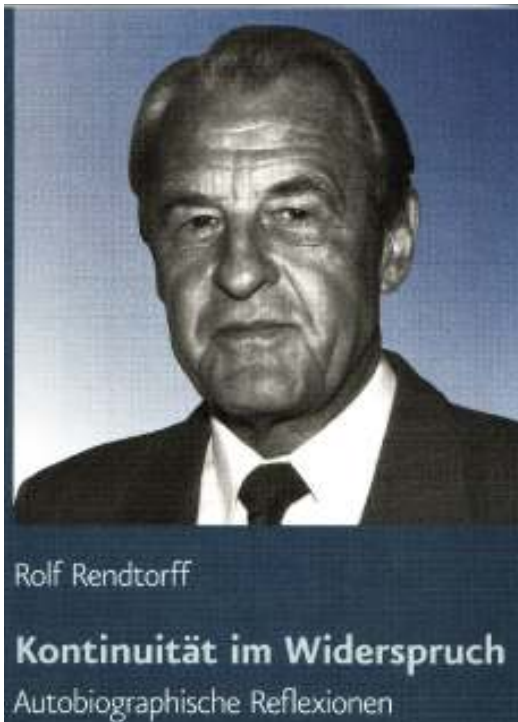
Für Radikale zu liberal – für Konservative zu links

Vortrag zum Gedenken an Rolf Rendtorff (10. Mai 1925 – 01. April 2014)

Stiftstheater des Augustinum Heidelberg

16. Juli 2014

1 Die Anfänge



Wir wollen heute Rolf Rendtorff gedenken, der im April im 89. Lebensjahr verstarb. Seine *„Autobiographischen Reflexionen“* hat er unter das Motto *„Kontinuität im Widerspruch“* gestellt. Dieser Titel macht deutlich: Rolf Rendtorff hat ein bewegtes Leben geführt – voller Widersprüche. Wie könnte es bei Menschen, die sich nicht verstellen wollen, anders zugehen als widersprüchlich, vor allem auch dann, wenn sie die gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht einfach hinnehmen, sondern beeinflussen wollen. Rolf Rendtorff gehörte der Generation an, die die Nazi-Zeit noch bewusst miterlebt hat und direkt nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in den Aufbau Westdeutschlands einbezogen war. Darum ist es kein Wunder, dass er nicht die Zeit nach 1945 als *„Jahre des Umbruchs“* bezeichnet hat, sondern die Jahre nach 1963, als er, der Rektor der Kirchlichen Hochschule in Berlin, einen Ruf an die Universität Heidelberg erhielt. Seit dieser

Zeit beschäftigten ihn – neben der wissenschaftlichen Arbeit als Alttestamentler – zwei Themen: „Christen und Juden“ und „Deutschland und Israel“ sowie die Hochschulpolitik, einschließlich seiner parteipolitischen Festlegung. Rendtorff trat 1964 in die SPD ein und war damals der einzige Ordinarius der Universität Heidelberg, der sich zur Sozialdemokratie bekannte (was für sich genommen schon sehr viel aussagt über den Zustand der Professorenschaft an deutschen Universitäten).

Persönlich kenne ich Rolf Rendtorff seit Ende 1969. Nachdem ich zum Wintersemester 1968/69 an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal mein Theologiestudium aufgenommen hatte, dort im Sommersemester 1969 dem von Nikolaus Schneider angeführten AStA als Hochschulreferent angehörte, wechselte ich zum Wintersemester 1969/70 an die Universität Heidelberg. Dort lebte ich im Haus meines Onkels, des Alttestamentlers Hans Walter Wolff. Auf seinen Hinweis hin schloss ich mich im Oktober der linksliberal ausgerichteten Studentengruppe „Hochschulpolitisches Kollektiv (Hopoko)“ an („Die sind sehr vernünftig und viele Theologen darunter“, so seine Empfehlung). Politisch orientierte sich das Hopoko damals an Jürgen Habermas, dessen Streitschrift *„Protestbewegung und Hochschulreform“* uns viele theoretische Ansätze für eine Reformpolitik lieferte.

Im Wintersemester 1969/70 wurden die neuen Hochschulgremien gewählt, nachdem die Universität Heidelberg sich nach dem neuen baden-württembergischen Hochschulgesetz eine Grundordnung (GO) gegeben hatte. In den Gremien herrschte eine Viertelparität (Ordinarien, akademischer Mittelbau, sog. nichtwissenschaftliches Personal, Studierende). Der SDS und andere linke Studentengruppen boykottierten die Wahlen zu den Gremien, das Hopoko beteiligte sich daran. So wurde ich als Drittsemester Mitglied im Großen und ab Februar 1970 einer von drei Studentenvertretern im Kleinen Senat. Wann ich Rolf Rendtorff persönlich das erste Mal begegnet bin, ist mir nicht erinnerlich. Sicher ist es vor seiner Wahl zum Rektor der Universität Heidelberg am 31. Januar 1970 zu einem Treffen zwischen der Hopoko-Fraktion im Großen Senat und Rolf Rendtorff gekommen. Denn ohne ausführliche Diskussionen geschah zur damaligen Zeit nichts.

2 Wahl zum Rektor



Beginnen möchte ich meinen Rückblick auf das politische Wirken und die Würdigung Rolf Rendtorffs in den „*wilden 70er Jahren*“ – so der Titel der Ausstellung im „Kürpfälzischen Museum“, die doch sehr enttäuschend ist – mit einer illustren Begegnung. Bei dieser war Rendtorff selbst gar nicht anwesend. Es war am 01. Februar 1970, ein Sonntag. Nach dem Universitätsgottesdienst in der Peterskirche bat mich mein Onkel, der Alttestamentler Hans Walter Wolff, dem im gegenüber liegenden Haus wohnenden Nachbarn, dem emeritierten Professor für Altes Testament, Lehrer und Doktorvater von Rolf Rendtorff, Gerhard von Rad, über die Rektorwahl zu berichten. Rolf Rendtorff war einen Tag zuvor mit 71 Stimmen im 1. Wahlgang zum neuen Rektor gewählt worden und hatte sich gegen den Kandidaten der Ordinarien Werner Conze durchgesetzt – ein Ereignis, das angeblich dazu geführt haben soll, dass der damalige Kultusminister und ehemalige Professor für Praktische Theologie, Wilhelm Hahn (CDU), in seinem Stuttgarter

Ministerium eine schwarze Fahne gehisst haben soll; ein Wahlergebnis, über das die große Mehrheit der Ordinarien schockiert war – obwohl sie, wie sich schon bald zeigen sollte, nichts von ihrer Machtfülle verloren hatten; aber auch ein Ereignis, das sich für mich und viele Studierende als logische Fortsetzung der Brandt'schen Reformpolitik auf Ortsebene darstellte: endlich ein demokratisch gewählter Rektor, der für sich in Anspruch nehmen konnte, Repräsentant aller an der Universität tätigen Gruppen zu sein. Ich kann mich jedenfalls noch sehr genau daran erinnern, dass diese Wahl wie eine Befreiung auf mich wirkte: Die Macht der Ordinarien schien gebrochen und dem Boykott der Organe der Universität durch die linken Studentengruppen wie den „Sozialistischer Deutscher Studentenbund“ (SDS) war die politische Legitimation entzogen worden. Denn das

Wahlergebnis unterstrich: Es lassen sich Mehrheiten für eine Reformpolitik im Habermas'schen Sinn bilden.

So ging ich also zu Gerhard von Rad. In seinem Wohnzimmer fand ich eine erlauchte Frühschoppen-Runde vor: neben ihm und seiner Frau, Hans Walter Wolff, der Arzt Michael von Rad (Sohn von Gerhard von Rad) und der Kirchenrechtler Axel von Campenhausen. Dieser beherrschte die Diskussion. Ich habe ihn als knallharten Rechtsaußen in Erinnerung. So musste ich die Wahl Rendtorffs gegen die teils süffisanten, teils provozierend arroganten Einwürfe von Campenhausens verteidigen – und dies vor zwei Fachkollegen von Rolf Rendtorff, von denen ich wusste, dass sie Rendtorff mit einiger Distanz gegenüber standen. Gerhard von Rad, der mit der ihm eigenen feinen Zurückhaltung das Gespräch verfolgte, hat sich hinterher dafür bedankt, dass ich trotz der aggressiven Einwürfe von Axel von Campenhausen (für ihn bedeutete die Wahl den Untergang der Universität) in seinen Augen ruhig und überlegt die Position des Hopoko vertreten habe. Auch blieb mir nicht verborgen, dass von Rad eine Grundsympathie für Rendtorff ausstrahlte – kein Wunder, gehörte Rendtorff zu seinen Schülern und wurde von ihm gefördert. Hinzu kam, dass sowohl von Rad wie auch Hans Walter Wolff Anhänger der sozialliberalen Koalition und der Brandt'schen Reformpolitik waren. Gerhard von Rad war übrigens ein guter Freund vom damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann.

Was mir in der kurzen Stunde am Sonntagmorgen deutlich wurde: Wie sehr sich an Rolf Rendtorff von Anfang an die Geister geschieden haben und wie isoliert Rendtorff unter den Ordinarien war. Das hatte sicher auch etwas damit zu tun, dass es gar nicht so einfach war, zu Rolf Rendtorff eine persönliche Beziehung aufzubauen. Das mag auch daran gelegen haben, dass er in seinem theologischen Denken unkonventionell war, und – das sollte man nicht vergessen – damals sein Israel-Engagement und seine Positionierung im christlich-jüdischen Dialog äußerst kritisch gesehen wurde. Schließlich drängte er – gerade im Blick auf den jüdischen Glauben und auf Israel – nach neuen Ufern: *„Wir müssen unsere jüdischen Wurzeln wiedergewinnen.“*, war ein Leitmotiv für sein theologisches Denken. Rendtorff hat sich nie mit der Trennung des Christentums vom Judentum abgefunden. Er war auf der Suche nach dem, was am Anfang, also im 1. und 2. Jahrhundert falsch gelaufen ist. Mit dieser Fragestellung sah er sich auf sich selbst gestellt, wie er in seinen Reflexionen schreibt (S. 96). Und noch eines fiel mir auf: Rendtorff tat sich schwer damit, für sich und seine Vorstellungen eine Lobby, im politischen Bereich: eine Hausmacht zu organisieren. Ob er es nicht vermochte oder nicht wollte, möchte ich offen lassen. Mir kam er in dieser Hinsicht manchmal blauäugig vor. Auf der anderen Seite: Wenn man sein Vertrauen gefunden hatte, dann hat er sich gerne und ganz auf die Person oder Gruppe verlassen. Dazu nachher noch mehr. Erschwerend kam hinzu, dass Rendtorff sichtbar unter der Isolierung innerhalb der Ordinarienschaft litt, die sich mit seiner Wahl zum Rektor verfestigte. Er wurde wie ein Aussätziger, wie ein Nestbeschmutzer, sein Rektorat wie ein Unglücksfall behandelt – eigentlich absurd, aber dennoch für die Zeit sehr typisch.

3 Rektor Rendtorff, der Außenseiter



Rektor Rendtorff, Peter Brückner

Mit der Wahl Rendtorffs zum Rektor brach insofern eine neue Zeit an, als die reformwilligen Gruppen der Universität nun ihre Vorstellungen einer erneuerten Universität umsetzen konnten. Zumindest konnten sie das Mitbestimmungsrecht nutzen, um Mehrheiten für neue Initiativen zu bilden – wie die Bildung von integrierten Gesamthochschulen, ein Versuch die Hochschullandschaft in Deutschland resp. in Baden Württemberg den europäischen Erfordernissen anzupassen. Allerdings bewegte sich die Reformfraktion damals auf einem schmalen Grad. Auf

der einen Seite war da das aggressive Beharrungsvermögen der Ordinarien – willfährig unterstützt vom CDU-Kultusminister, der zunehmend sein eigenes Hochschulgesetz torpedierte. Noch 1968 war in der Einleitung des vom Kultusministerium herausgegebenen Hochschulgesetzes zu lesen:

Dies bedeutet im Kern nichts anderes, als dass die Erbhöfe der Ordinarien abgeschafft sind.

Und auf der anderen Seite standen die radikalen Studentengruppen wie der SDS, die sich immer noch als Protestbewegung verstanden, ohne den Zeitpunkt zu erkennen, wo sich Protest der Bewährung in der alltäglichen Wirklichkeit, also in den Gremien stellen muss. Doch angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse zur damaligen Zeit wäre es zu kurz geschlossen, die Lage jetzt mit Goethe so zu beschreiben:

Prophete rechts, Prophete links – das Weltkind in der Mitten.

Rolf Rendtorff hat in einer alternativen Festschrift zum 600-jährigen Jubiläum der Universität Heidelberg 1986 dazu Folgendes bemerkt:

Erwin Scheuch, ein anderes prominentes „Bund“-Mitglied, hat mich damals öffentlich einen „Komplizen der Systemunterwanderer“ genannt. Als ich ihn einmal persönlich darauf angesprochen habe, hat er mir bestätigt, dass es genau darum ging: die linksliberalen Reformer als die eigentliche Gefahr hinzustellen, weil sie in Wirklichkeit nur Steigbügelhalter für diejenigen seien, die die Hochschulen und letzten Endes den Staat zerstören wollten. Hier zeigt sich deutlich, dass man nicht einfach sagen kann, die Reformansätze seien zwischen den Mühlsteinen von rechts und links zerrieben worden. ... In der Reformdiskussion selbst standen sich im Wesentlichen die „Reformfraktion“ und die Gruppe der „Ordinarien“, die im Grunde jede Reform ablehnten, gegenüber.

Buselmeier, Harth, Jansen, Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985, Seite 469

Genau so habe ich diese Zeit auch in Erinnerung und genauso werte ich auch die Machtverhältnisse. Um es deutlich zu sagen: Die Eier, mit denen manch ein konservativer Professor von linksradikalen Studenten beworfen wurde (der Jurist Karl Doehring bewahrte nach eigener Aussage seinen beschmutzten Anzug wie eine Trophäe, eine Reliquie in seinem Kleiderschrank auf) waren für die Konservativen ein Klacks gegenüber der Gefahr, dass der unkontrollierte Einfluss und die Herrschaft



Rektor Conze in der Neuen Aula, Eiern und Tomaten standhaltend

der Ordinarien durch die Reformer nachhaltig infrage gestellt wurden. Es ist bezeichnend, dass im Bericht der OECD über das Bildungswesen in Deutschland aus dem Jahr 1972 – übrigens nie offiziell ins Deutsche übersetzt – zu lesen ist:

Die Professoren definierten die Universität im Wesentlichen einfach als aus ihnen allein bestehend.

Ich selbst habe diese Überheblichkeit auf der einen und die Panik um Machtverlust

auf der anderen Seite im Kleinen Senat besonders bei Berufungsverfahren erlebt. Berufungen konnten mit Einführung der Grundordnung nicht mehr in Hinterzimmern ausgekungelt werden. Besonders ist mir erinnerlich, welcher heftigen Widerstand es gab, den im Gefängnis der griechischen Militärjunta einsitzenden demokratischen Juristen Georgios Mangakis auf die Berufungsliste zu setzen. Das war nur möglich, weil es in den Fakultätsgremien eine Viertelparität gab. Der in Deutschland promovierte Jurist Mangakis war ein scharfer Gegner der damals herrschenden Militärdiktatur im NATO-Land Griechenland. 1970 wurde er zu 18 Jahren Haft verurteilt. Er nutzte einen aus gesundheitlichen Gründen gewährten Hafturlaub, um mit seiner Frau nach Westdeutschland auszureisen. Und nun stellte sich der Fakultät die Frage, ob eine Berufung eines „rechtskräftig“ verurteilten Menschen überhaupt möglich ist. Die Juristische Fakultät beantwortete die Frage zunächst mit der Feststellung: Mangakis habe sich zwar für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Und dann wörtlich:

Dann bleibt aber ein verbotener Sprengstoffbesitz, eine Tat, die, auch wenn man die Frage nach dem Bestehen eines aktiven Widerstandsrechts gegenüber dem inzwischen faktisch etablierten System offen lässt, angesichts ihrer Beweggründe nicht geeignet ist, das Charakterbild des Prof. Mangakis als eines Ehrenmannes zu trüben und durch die jetzt fast 1 ½ Jahre erlittene Untersuchungs- und dann Straftat jedenfalls mehr als ausgeglichen ist.

Ich kann mich noch genau daran erinnern, wie wir uns gemeinsam mit Rektor Rendtorff gegen diese positivistische Rechtsauffassung gewehrt haben und einigermaßen fassungslos darüber waren, wie sich die Juristen im Kleinen Senat wanden und ganz im Stil derer argumentierten, die ein Widerstandsrecht gegen das nationalsozialistische Unrechts- und Terrorsystem bestritten. Der Ausdruck „Charakterbild eines Ehrenmannes“ zeigt darüber hinaus an, welche Kriterien bei Berufungen eine Rolle spielten. Am liebsten hätten die Jura-Ordinarien diese Berufung verhindert.

4 Das Sozialistische Patientenkollektiv (SPK)

Geprägt waren die erste Amtszeit von Rolf Rendtorff durch Konflikte, die mE nicht zufällig aufbrachen. Ich beginne mit dem sog. Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK). Als Rendtorff im Februar 1970 seine Kandidaten für die Prorektorenwahl präsentierte – den Juristen Adalbert Podlech und den Psychiater Dr. Helmut Kretz – schien zunächst alles einen normalen Verlauf zu nehmen. Denn die Mehrheitsverhältnisse im Großen Senat waren klar. Bewusst hatte Rendtorff zwei Vertreter des Mittelbaus nominiert, die auch aufgrund ihrer wissenschaftlichen Reputation überzeugten und unsere,



der Studenten volle Unterstützung fanden. Doch exakt am Tag der Wahl erschien in der Tagespresse ein Artikel über die vorgesehene Entlassung des Kollegen von Kretz, dem Assistenzarzt an der Psychiatrie (Lehrstuhl Walter Ritter von Baeyer) Dr. Wolfgang Huber (nicht zu verwechseln mit Bischof Wolfgang Huber und dem SPD-Stadtrat Dr. Wolfgang Huber, die damals auch in Heidelberg lebten). Da die Rolle von Kretz in diesem Konflikt für uns Studenten undurchsichtig blieb, versagten wir ihm die Stimme – später habe ich das als Fehler angesehen, aus dem sich eine Schwächung von Rendtorff zum ungünstigsten Zeitpunkt ergab. Ich kann den Konflikt jetzt

nicht in allen Einzelheiten ausbreiten. Derzeit erstellt Professor Christian Pross vom Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin eine ausführliche und fundierte Untersuchung. Nur so viel: Als der Arzt Huber im Februar 1970 entlassen werden sollte, verweigerte Rendtorff zunächst die Unterschrift. (Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass man mit dem Entlassungsantrag bewusst gewartet hat, bis Rendtorff Rektor geworden ist, um ihm dann den Konflikt, der schon 1969 ausbrach, vor die Füße zu werfen.) Rendtorff wollte zuerst mit allen am Konflikt Beteiligten reden. Aber Gespräche lehnten die zuständigen Ordinarien ab. Diskursives Handeln, offene Aussprache, Kompromisse waren ihnen fremd. Als dann, nach der Entlassung Hubers, seine Patienten ihm folgten und diese Gruppe viele der „Mühseligen und Beladenen“ in Heidelberg anzog, sah sich Rendtorff zum Handeln veranlasst – weniger im Blick auf die schwierige Persönlichkeit eines Dr. Wolfgang Huber, als vielmehr im Blick auf die weit über 200 Menschen, die dringend der Hilfe bedurften – u.a. weil etliche unter ihnen als suizidgefährdet galten. So konnten wir im Windschatten des Konfliktes auch die mangelnde psychiatrische Versorgung der Studentenschaft thematisieren. Rendtorff, der den Ansatz einer autonomen Patientenversorgung zunächst unterstützte und Räumlichkeiten der Universität zur Verfügung stellte, holte sich den Rat bei renommierten Psychiatern, darunter Horst Eberhard Richter. Im Kleinen Senat wurde in stundenlangen Debatten versucht, eine langfristige Lösung zu finden. Doch wurden diese von den Medizin-Ordinarien und vom Kultusministerium weitgehend torpediert. Ich habe Rendtorff aus dieser Zeit als sehr angestrengt, resigniert, aber auch um eine menschliche Lösung bemüht in Erinnerung. Dafür spricht, dass er sich stundenlangen Diskussionen im Patientenkollektiv stellte und sich schließlich um private Geldgeber bemüht hat, um die Patientenversorgung zu sichern. Doch er fühlte sich in seinem ehrlichen Ringen um eine menschliche Lösung des Konfliktes zu wenig unterstützt und überhaupt nicht verstanden. Auch fanden wir im Kleinen Senat keine Mehrheit dafür, die Patientengruppe als Einrichtung der Universität weiterzuführen. Während meine Achtung vor Rendtorff wuchs, habe ich diese den Klinikdirektoren gegenüber verloren – nicht aus politischen Gründen, sondern weil ich es noch heute als menschliche Niedertracht empfinde, wie sie eiskalt eine mögliche Lösung dieses schwierigen Konfliktes hintertrieben haben aus einem einzigen Grund:

Rendtorff Schaden zuzufügen. Ein interessanter Nebenaspekt: Die kommunistischen Hochschulgruppen beteiligten sich genauso wenig an einer Konfliktlösung wie die konservativen Professoren. In dem Buch von Dietrich Hildebrandt „... und die Studenten freuen sich!“. *Studentenbewegung in Heidelberg 1967-1973*“ wird das SPK mit keinem Wort erwähnt. Dass sich dann aus dem SPK (so nannte sich die Gruppe ab Sommer 1970) heraus eine Terrorgruppe im Umfeld der Rote Armee Fraktion (RAF) herausgebildet hat, die verantwortlich war für den Anschlag auf die schwedische Botschaft im Jahr 1975, gehört zu den traurig-tragischen Folgen dieser Geschichte, mit der Rendtorff nichts mehr zu tun hatte. Allerdings gelang es 1971, beim vom Kultusministerium unabhängigen Studentenwerk eine „Psychotherapeutische Beratungsstelle“ einzurichten, die von Dr. Dieter Spazier, auch einem Gutachter des SPK, aufgebaut und geleitet wurde.

5 Der Polk-Brief



Rektor Rendtorff diskutiert mit Studenten.

(FR-Bild: Gerhard Ballatir

Als Rektor Rendtorff und seine beiden Prorektoren Adalbert Podlech und Cornelius Noack im Mai 1970 eine Einladung von General James Polk zum CENTAG-Sommerball erhielten, wiesen sie diese öffentlich zurück:

In einer Zeit, in der der gegen den Willen der Mehrheit des vietnamesischen Volkes geführte Krieg in einen Indochinakrieg ausgeweitet wird und während in den Vereinigten Staaten Studenten erschossen werden, die

gegen diesen Krieg opponieren, sehen wir uns außerstand, uns bei „Cocktails, Tanz, Unterhaltung und Kaltem Buffet“ mit denen zu vergnügen, die für diese Gewalt mit die Verantwortung tragen.

Es kam zu einem Aufschrei der Landesregierung und der konservativen Professoren, die sich nicht nur distanzieren und bei den Amerikanern gouvernementhaft entschuldigten, sondern auch das politische Mandat der Organe der Universität bestritten. Darum kam es zu einer Debatte, wie weit universitäre Organe eine politische Verantwortung haben und sich in der Wahrnehmung dieser die Autonomie ausdrückt – eine auch heute höchst aktuelle Frage. Für uns Studenten war aber dieser demonstrative Akt genau das, was wir von einem Rektorat Rendtorff erwarteten: nicht das Nachplappern der herrschenden politischen Meinung wie in der Weimarer Republik und im Faschismus, sondern eine deutliche Kritik in diesem Fall an der Kriegführung der US-Administration in Vietnam und Kambodscha und eine Solidarität mit den amerikanischen Universitäten, die sich an der Antikriegsbewegung beteiligten.

Für mich ist der Polk-Brief mit einer ganz persönlichen Erinnerung verbunden. Ich besuchte im SS 1970 die Vorlesung meines Onkels Hans Walter Wolff über die Prophetie im Alten Testament in der Alten Aula. Er war damals Dekan der Theologischen Fakultät. Ende Mai, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um den Polk-Brief, eröffnete er die Vorlesung mit der Aufforderung an uns Studenten, jetzt absolut solidarisch zu sein mit dem Rektorat Rendtorff. Er benötige jetzt jede Unterstützung. Sein Brief an Polk sei angemessen, politisch richtig und für einen Theologen und Kirchenmann überfällig. Ganz so einheitlich war die Ordinarienfront dann doch nicht. Und wenn ich mir noch eine familiäre Bemerkung erlauben darf: Da mein Onkel Dekan der Theologischen Fakultät war, ich zunehmend die Funktion eines „Fraktionsführers“ im Großen Senat übernommen hatte, Lothar Perlitt, auch ein Alttestamentler, bis zu seiner Habilitation als Assistent Wolffs tätig, als absolut konservativer Hardliner und Gegner Rendtorffs im Großen Senat agierte, die Assistenten meines Onkels, Frank Crüsemann und Christof Hardmeier, aber politisch ganz auf der Linie Rendtorffs lagen, ging der Riss mitten durch das Haus am Rolloßweg und führte immerhin dazu, dass Hans Walter Wolff trotz allem zum politischen Rendtorff ein ambivalentes, eher unterstützendes Verhältnis hatte.

6 Zwischen den Fronten



Trotz des Polk-Brief gab es von Seiten der ihn unterstützenden Studenten zwei Kritikpunkte an Rendtorff. Zum einen hatten wir den Eindruck, dass er sich zu wenig um uns, die ihn stützende Fraktion kümmerte, und eher über seine persönlichen Referenten den Kontakt zum SDS und später zur KHG suchte. Ja, ich habe es nie verstanden, dass er sich als persönliche Referenten zwei Leute herausgesucht hatte, die aus dem Umfeld des SDS kamen: Viktor Pfaff und Gerhard Härdle. Zum

andern kam es zu erheblichen inhaltlichen Differenzen, als wir im Großen Senat auf eine Änderung der Grundordnung, die wir unseren Wählern versprochen hatten, drängten: Wir wollten den sog. Negativkatalog abschaffen, also das Stimmrecht der Studenten und des nichtwissenschaftlichen Personal bei Berufungen und Prüfungsangelegenheiten durchsetzen. Letzteres gelang uns im Januar 1971 auch – obwohl Rendtorff uns zu bremsen versuchte. Er schien die Konsequenzen zu ahnen. Denn der Beschluss führte zum Boykott der Sitzungen des Großen Senates durch die Ordinarien, und wurde schließlich vom Kultusministerium kassiert. Von heute her betrachtet muss ich zugeben: Solche Maximalentscheidungen, im Moment als Erfolg gefeiert, stellen sich später als Pyrrhussieg heraus.

Dass Rendtorff den Kontakt zu den radikalen Studentengruppen nicht abreißen lassen wollte, war aus seiner Sicht nachvollziehbar. Schon in seiner Rektoratsrede am 31. Januar 1970 sagte er nicht nur im Blick auf die Studenten:

Aber ich möchte mit Nachdruck sagen, dass ich ... nicht der Rektor bestimmter Gruppen innerhalb der Universität zu sein beabsichtige, geschweige denn etwa ein Rektor gegen bestimmte Gruppen.

unispiegel 1/70

Ein solcher Satz ist seinem Mitbewerber Werner Conze nicht über die Lippen gekommen. Für uns war es trotzdem schwer zu ertragen, betrachteten wir doch gerade den SDS als unseren politischen Gegner. Auf den Vollversammlungen mussten wir den Kopf für das Rektorat Rendtorff hinhalten und uns „als Hure des kapitalistischen Systems“ beschimpfen lassen. Ich selbst – SPD-Mitglied und Jungsozialist – wurde auf etlichen Vollversammlungen wegen der Brandt-Politik scharf angegriffen, versuchte diese zu verteidigen (nicht verlegen, sondern aus Überzeugung), während die Juso-Führung Heidelbergs sich damals darin erging, den SDS links zu überholen. So machte das Hopoko im SS 1970 schwierige Zeiten durch. Der erste Schwung war verflogen. Die reformistischen Ideen waren in der Studentenschaft schwer zu vermitteln. Und als dann der SDS im Juni 1970 verboten wurde (nach den Krawallen anlässlich der sog. McNamara-Konferenz), standen wir sozusagen im Abseits. Denn nun trat eine große Solidarisierung mit dem SDS ein. Aber auch hier gerieten wir wieder zwischen die Mühlräder. Mit dem Verbot des SDS durch den Innenminister Baden-Württembergs – das war Walter Krause von der SPD (es herrschte ja eine Große Koalition; und in der Opposition war eine starke NPD) – sollte ja nicht so sehr die linksradikale Studentenschaft getroffen werden als vielmehr das Rektorat Rendtorff und mit ihm die Reformgruppen. Das ist der Landesregierung durchaus gelungen – und zeigt, wie „solidarisch“ damals die SPD-Führung im Landesverband mit dem SPD-Mitglied Rolf Rendtorff umging.

7 Eine besondere Kaste: die Ordinarien



Ich könnte nun auf weitere Konflikte eingehen. Sie verliefen alle nach dem gleichen Strickmuster: Das Kultusministerium nimmt einen Vorfall in der Universität oder im Umfeld der Universität zum Anlass, diesen dem Rektorat Rendtorff anzulasten, verlangt Distanzierung oder hartes Durchgreifen, wenn dies nicht geschieht, gibt es dirigistische Eingriffe, ausgelöst durch Dienstaufsichtsbeschwerden der

konservativen Ordinarien, angeführt von den Juristen um Karl Doehring, Othmar Jauernig und Hubert Niederländer. Eingehen möchte ich auf ein Ereignis am 28. November 1971. Im „Zieglerbräu“ kamen 110 Lehrstuhlinhaber zusammen, um im Windschatten der Gründung des „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFdW) die konservativen Ordinarien an der Universität Heidelberg zu organisieren und ihren Interessen eine politische Durchsetzungskraft zu verleihen. Zu der Versammlung wurden alle Lehrstuhlinhaber eingeladen. Der zentrale Satz der an diesem Abend von 68 Professoren

unterschiedenen Resolution (122 von insgesamt 193 Professoren sollen sich ihr letztlich angeschlossen haben), lautete:

Der derzeitige Rektor der Universität besitzt nicht das Vertrauen der Professoren.

Das war eine deutliche Kampfansage an das Rektorat Rendtorff, nach der man aber seit dem 31. Januar 1970 schon handelte. Der Philosoph Michael Theunissen, selbst Teilnehmer des Treffens und einer der wenigen ganz aufrechten Rendtorff-Unterstützer unter den Ordinarien, hat die Wagenburgmentalität auf dieser skurrilen Veranstaltung in einem noch heute lesenswerten Artikel im „unispiegel“ beschrieben:

Kollegialität, nach außen zur Schau getragen als Einheit der Gruppe, schlägt nach innen in ihr Gegenteil um, sobald sie es mit denen zu tun bekommt, die diese Einheit verschmähen, weil sie eine größere vor Augen haben. „Herr T.(heunissen), beinahe hätte ich gesagt: Herr Kollege T.(heunissen) ...“ – es war ein Vertreter des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, der sich glücklich schätzte, einer unangemessenen Ausdrucksweise gerade noch entronnen zu sein.

unispiegel 58/71 vom 23. Dezember 1971

8 Der Rücktritt



Mitglieder des Großen Senats tragen sich in die Anwesenheitsliste ein, die am Eingang postiert, dafür sorgen sollten, daß nur Se

Kein Wunder, dass Rolf Rendtorff unter diesen Umständen nicht mehr für eine zweite Amtszeit kandidieren wollte. Die Wahl stand im Januar 1972 an. Also suchten wir nach Alternativen: die Philosophen Dieter Henrich und Michael Theunissen wurden ebenso angefragt wie der Politologe Klaus von Beyme. Sie lehnten aber ab. Schließlich erklärte sich Rendtorff doch bereit, noch einmal zu kandidieren – und wurde wieder mit 71 Stimmen im 1. Wahlgang gewählt. Nun fanden aber im Januar 1972 auch die Neuwahlen zum Großen Senat statt. Es kandidierten dazu die Nachfolgegruppe des SDS, die „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG), und eine konservative Studentengruppe „Aktion Demokratische Hochschule“ (ADH). Durch die Wahl verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse. Die Reformfraktionen verloren ihre Mehrheit. Die Folge: Es wurden mit dem Chemiker Klaus Ebert und dem Anglisten Hans-Joachim Zimmermann zwei Vertreter des

BFdW zu Prorektoren gewählt. Auch verloren wir die Mehrheit im Präsidium des Großen Senats. Damit gab es kaum mehr eine gestalterische Möglichkeit. Dies alles fand statt in einer Zeit, da die sozial-liberale Koalition zusammen mit den Ministerpräsidenten den verhängnisvollen „Radikalenerlass“ in Kraft setzte, die CDU in Baden-Württemberg bei den Landtagswahlen im April 1972 die absolute Mehrheit gewann, das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt scheiterte und am 17. November 1972 die vorgezogenen Bundestagswahlen stattfanden. Rendtorff hatte sich zu Beginn des WS 1972/73

entschlossen, zurückzutreten – allerdings mit Rücksicht auf die SPD erst am 18. November 1972, also nach der Bundestagswahl. Nüchtern konstatierte er 1985:

Der gravierendste Fehler war es zweifellos, dass wir die realen Verhältnisse falsch eingeschätzt haben. ... das hängt damit zusammen, dass wir die Breiten- und Tiefenwirkung unserer Reformvorstellungen überschätzt haben. ... Die große Zahl der desinteressierten, uninformierten und tendenziell konservativen Hochschulmitglieder wurde dadurch aber nicht erreicht.

In: auch eine Geschichte ..., S. 472

Und am Schluss resümiert er:

Die Gegner dieser Grundordnung hatten darin richtigerweise eine gefährliche Brutstätte der „Demokratisierung“ der Universität erkannt. ...

Aber es ist wohl auch niemand mehr da, der das versuchen würde. Es gibt keine Hochschulreform mehr und auch keine Studentenbewegung mehr. Vielleicht lebt manches davon in unserer Gesellschaft in anderen Formen weiter – man möchte es hoffen. Die Akteure von damals haben wieder anderen Tätigkeiten zugewandt. Ich bin an meinen Schreibtisch zurückgekehrt und habe in der Zwischenzeit einige Bücher veröffentlicht.

aaO, S. 474f

Sicher lebte und lebt manches, was in der kurzen Reformphase an den Universitäten wuchs, in anderen Bereichen weiter – zum Beispiel in den Bürgerinitiativen, in der Anti-AKW-Bewegung. Doch die Universitäten selbst entwickelten sich wieder zurück zu einer weitgehend Demokratie freien Zone. Jedenfalls erlebe ich dies heute so in Leipzig. Dort sind in die Universitätsleitung inzwischen feudalistische Strukturen eingezogen. Von Mitbestimmung kann ebenso wenig die Rede sein wie von Autonomie. Ein Großteil der Lehrstuhlinhaber scheinen genauso willfährig zu agieren wie zu allen Zeiten – solange ihre Privilegien erhalten bleiben; und sie treten genauso arrogant und Diskussionen verweigernd auf, wie wir das damals als Studenten erlebten. Die Frage aber, in welchem Geist die Führungskräfte von morgen eigentlich ausgebildet werden sollen, spielt kaum eine Rolle, auch nicht die Frage nach der gesellschaftspolitischen Relevanz und Verantwortung wissenschaftlicher Arbeit. In Sachsen werden jedenfalls die Universitäten geführt wie Unterabteilungen der Ministerialbürokratie. Vor zwei Jahren gab es eine Verfügung aus der Staatskanzlei, dass der Ministerpräsident höchst persönlich alle Personalentscheidungen in den Universitäten vom Hausmeister angefangen selbst zu genehmigen und zu unterschreiben habe. Von einem Aufschrei der Professoren ist mir nichts bekannt. Und dass beim sog. Ranking im Blick auf das Prädikat „Exzellenz-Universität“ die Studierenden, also die Lehre und ihre Wirkung, überhaupt nicht ins Gewicht fällt, sagt eigentlich alles über den Zustand der Alma Mater: der Student als Störfaktor. Gerade weil ich ein Rektorat Rendtorff erleben konnte, stechen mir diese Verhältnisse als krasse Missstände besonders ins Auge. Insofern war es gut, dass Menschen wie Rolf Rendtorff nicht nur einfach an den Schreibtisch zurückgekehrt sind, sondern ihren politischen Impetus auf anderen Gebieten haben fruchtbar werden lassen.

**Unser Kandidat:
Prof. Dr. Rolf Rendtorff**



So setzte Rolf Rendtorff 1973 noch einmal zu einer „parteilpolitischen Exkursion“ in der SPD an. Denn durch den überzeugenden Wahlsieg Willy Brandts und der SPD bei der Bundestagswahl im November 1972 und durch seinen Rücktritt wurde Rolf Rendtorff in den Folgejahren zu einer wichtigen Figur in der Heidelberger SPD. Er war der Mann, der vor Ort die Brandt-SPD repräsentierte und der auch die nötige Distanz zu OB Reinhold Zundel hatte – damals noch Mitglied der SPD, aber innerhalb der Partei höchst umstritten. So wurde Rendtorff Anfang 1973 zum Kreisvorsitzenden der SPD gewählt. Doch die Enttäuschung war groß, als Rendtorff wenig später eröffnete, dass er 1973/74 ein Gastsemester in Jerusalem antreten werde. Also kam eine Wiederwahl 1974 nicht in Frage. Ich erinnere mich sehr gut, dass dadurch mein Verhältnis zu Rendtorff einen Knacks erfuhr. Ich

fühlte mich – inzwischen zum Vorsitzenden des AStA gewählt – ein bisschen verschaukelt. Im Jahr 1975 änderte sich dies. Im Blick auf die Bundestagswahl 1976 musste für den Wahlkreis 181 Heidelberg/Heidelberg Land ein neuer SPD-Kandidat aufgestellt werden, weil Alex Möller, ehemaliger Finanzminister und „Genosse Generaldirektor“ aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl antreten wollte. Die SPD-Stadträtin Ruth Zutt, Rolf Rendtorff und der Historiker Hartmut Söll, ein Vertreter des rechten Parteiflügels, bewarben sich um die Kandidatur. Ruth Zutt fragte mich, ob ich sie im Wahlkampf unterstützen würde, was ich ihr zusagte. Ich entwarf auch ihre Bewerbungsrede. Gleichzeitig habe ich mich darum bemüht, Ruth Zutt dazu zu bewegen, für Rendtorff zu votieren, wenn sie im ersten Wahlgang weniger Stimmen als er bekommt. Denn Söll galt es zu verhindern. Es kam dann genau so: Rendtorff wurde Dank der Fürsprache von Ruth Zutt zum SPD-Bundestagskandidaten gewählt. Das war eine bittere Pille für OB Zundel, für die ÖTV, die ganz auf Zundel-Kurs war und für die konservativen SPD-Ortsvereine wie Pfaffengrund, Kirchheim und Rohrbach. Und nun kam – für mich völlig überraschend – Rolf Rendtorff im Dezember 1975 – ich war inzwischen Lehrvikar der Badischen Landeskirche und besuchte das Predigerseminar – und fragte mich, ob ich sein Wahlkampfleiter werden wolle. Alex Möller habe ihm dafür seine Assistentenstelle angeboten und stelle ihm die Räumlichkeiten in der Friedrich-Ebert-Anlage 16 zur Verfügung. Ich war ziemlich perplex – aber habe dann an die Kirchenleitung in Karlsruhe geschrieben und erhielt ohne jede Auflage die Genehmigung für diese zusätzliche Tätigkeit neben Vikariat und 2. Examen. Heute kaum vorstellbar.



Dafür tauchte ein anderes Problem auf. Denn Alex Möller, der zunächst Rendtorff freie Hand bei der Auswahl für die Assistentenstelle zugesichert hatte, teilte Rendtorff im Blick auf meine Person trocken mit: Der nicht! Vor allem die Gewerkschaften rieben sich an dem ehemaligen AStA-Vorsitzenden Christian Wolff. Doch nun erfuhr ich die schon angedeutete absolute Solidarität von Rolf Rendtorff am eigenen Leib. Denn er hat sich von seiner Personalentscheidung nicht abbringen lassen. Und als Alex Möller ihm schrieb, für das Gehalt einer Assistentenstelle würde sich ja auch ein anderer finden lassen, habe ich Rendtorff gesagt: Wenn du damit einverstanden bist, helfe ich dir auch ohne zusätzliches Salär. Mein Vikarsgehalt reicht mir. Damit wollte ich der Partei und den Neukarrieristen in derselben ein Signal geben: Politisches Engagement für die Sozialdemokratie ist nicht käuflich. Allerdings bestand ich darauf, dass der Kreisvorstand mich offiziell als Wahlkampfleiter nominiert – was dann auch einstimmig geschah. Und so konnten wir den Wahlkampf in größtmöglicher Unabhängigkeit



Rolf Rendtorff verantwortungsbewußt – kritisch – gradlinig

gestalten. Das war mir auch deswegen wichtig, weil man aus einem fortschrittlichen Ordinarius einer deutschen Universität, der aus einem konservativen, kirchlich geprägten und sehr bürgerlichen Haus stammt, nicht über Nacht einen Arbeitervertreter und Gewerkschaftsfreund machen kann. Es galt also Glaubwürdigkeit und Identität zu wahren.

Da abzusehen war, dass Rolf Rendtorff im Wahlkampf vom politischen Gegner mit seiner Vergangenheit als Rektor konfrontiert werden wird, haben wir gemeinsam sehr früh zwei Grundentscheidungen getroffen: Erstens haben wir klar gemacht, dass wir den Versuch des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Wahlveranstaltungen zu sprengen, nicht zulassen werden. Bei der ersten Veranstaltung haben wir das mit der Polizei durchgesetzt. Das hatte einen enormen Überraschungseffekt. Danach kam es zu keinen Störungen mehr, ohne dass die Debatten und Diskussionen weniger wurden. Zweitens haben wir das Problem SPK – inzwischen hatte es ja den schrecklichen Terroranschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm gegeben – und die Rolle Rendtorffs offensiv selbst angesprochen. Immerhin hatten Anzeigen der CDU und konservativer Professoren, allen voran Karl Doehring, dazu geführt, dass sich die Theologische Fakultät mit Rendtorff solidarisierte und sich neben der Wählerinitiative Rendtorff mit dem schönen



Kürzel „WIR“ noch eine ihn unterstützende Initiative aus der Universität bildete. Dieser schloss sich auch Klaus Engelhardt, damals Rektor der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, an. Daraufhin erhielt der spätere Landesbischof – wie er mir kürzlich schrieb – einen erbitterten Anruf seines Doktorvaters, Hans von Campenhausen, Vater des erwähnten Axel von Campenhausen: *„Wie können Sie Herrn Rendtorff unterstützen, der unsere Universität kaputt macht!“* Auf diesem Niveau bewegten sich auch Zeitungsanzeigen und Flugschriften wie die einer „Schüler- und Studenteninitiative für Helmut Kohl“:

Der ehemalige Rektor ... Rendtorff ... finanzierte aus dem Sonderfond des Rektors eine Untergruppe der Baader-Meinhof-Bande, das Sozialistische Patientenkollektiv und deren Arbeitskreis Sprengstoff.

Gegen solche Verleumdungen konnten wir mehrere einstweilige Verfügungen erwirken. Allerdings wurden diese erst nach der Wahl rechtskräftig.

Wer sich erinnert, weiß, dass am 03. Oktober 1976 die CDU/CSU mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidat fast die absolute Mehrheit erreichte. Unter diesen Bedingungen hat Rendtorff in Heidelberg ein sehr gutes Wahlergebnis eingefahren – mit unterdurchschnittlichen Verlusten. Immerhin lag er mit Erst- und Zweitstimmen über 40 Prozent. Allerdings ging der Wahlkreis an die CDU verloren. Und da Rendtorff nur auf dem 26. Listenplatz stand, erhielt er auch über die Landesliste kein Mandat (auch weil Hans Georg Schachtschabel in Mannheim den einzigen Wahlkreis für die SPD direkt gewinnen konnte und nicht auf der Landesliste abgesichert war.). All das zeigt: Leute wie Rendtorff waren auch in der SPD Außenseiter und einsam. Noch heute bin ich Rolf Rendtorff sehr, sehr dankbar, dass er mir die Möglichkeit eröffnet hat, mit ihm so eng zusammen zu arbeiten. Ich habe in den 10 Monaten Wahlkampf unendlich viel gelernt und möchte keine Stunde aus dieser Zeit missen. Mit Rendtorff zusammen habe ich die Schattenseite der politischen Arbeit – die Grabenkämpfe, Eifersüchteleien, die großen und kleinen menschlichen Schweinereien und Schmierenskomödien kennengelernt – aber wir haben uns gegenseitig darin unterstützt, uns davon nicht anstecken zu lassen und den nötigen Abstand zum Parteiapparat zu halten. Dennoch musste ich des Öfteren Rolf Rendtorff, zur Resignation und zum Rückzug neigend, in Vieraugengesprächen in der Friedrich-Ebert-Anlage 16 Mut zusprechen, auf die Kraft seiner Argumente zu vertrauen. Als Dankeschön hat er mir eine Gesamtausgabe von Heinrich Heines Werken geschenkt.

10 Die 70er Jahre – eine „Midlife crisis“?



Rolf Rendtorff spricht in seinen Erinnerungen im Blick auf die Zeit des Rektorates und der verlorenen Bundestagswahl von einer „Midlife crisis“. Daran ist sicher etwas Richtiges, zumal sich in den Jahren auch in seinem persönlichen Leben viel änderte und er noch ein paar erfolglose „Ausflüge“ in die hochschulpolitische Landschaft unternommen hat. Doch ist sein Wirken in den 70er Jahren zu wichtig, als dass man es allein

psychologisierend be- oder entwertet, entsorgt oder politisch denunziert. Das wurde auch im Mai 2008 deutlich, als Dietrich Hildebrandt, Burkhard Braunbehrens und andere zu „'68 Reloaded“, einer Art Veteranentreffen, nach Heidelberg ins Amerika-Haus einluden. Rolf Rendtorff beteiligte sich an einer Podiumsdiskussion, damals schon vom Alter gezeichnet. Er wurde von denen, die ihn als Rektor bekämpften, mit größter Hochachtung und lang anhaltendem Beifall empfangen. Das hat ihm sichtbar gut getan. Der Name Rolf Rendtorff steht heute noch für eine Universität und eine Gesellschaft, die Reform und Tradition, Demokratie und gegenseitigen Respekt, Streitige Debatte und Kompromiss miteinander verbinden, also das, was auch die Grundbotschaft des Glaubens in der jüdisch-christlichen Tradition ausmacht. Das bleibt das politische Erbe von Rolf Rendtorff. Auch wenn er kein Politiker war und wurde (er ist ein bedeutender Theologe!), so hat er durch sein Wirken allen, die in sich eine gesellschaftspolitische Verantwortung verspürten, nachhaltige Impulse und Orientierung gegeben. Und wenn heute noch Menschen beim Namen Rolf Rendtorff die Augenbrauen hochziehen, dann liegt das vor allem daran, dass es leider immer noch und schon wieder Menschen gibt, die diese Orientierung auf eine demokratische, links-liberal ausgerichtete Gesellschaft hin fürchten bzw. meinen, dafür nichts selbst tun zu müssen. Aber eines ist sicher auch richtig: Rendtorff war zeit seines Lebens ein Außenseiter – auch im Sinne des Themas dieser Würdigung:

Für Radikale zu liberal – für Konservative zu links

Doch von wem wird diese Welt nachhaltig gestaltet und geprägt, wenn nicht von Menschen, die sich selbst ihr nicht ganz zugehörig fühlen (und gerade darum in innerer Freiheit, unabhängig und liberal ihr Leben gestalten können), weil sie viel größere Hoffnungen und Erwartungen in sich tragen, als die Wirklichkeit zulässt?



Benutzte Literatur

Karin Buselmeier, Dietrich Harth, Christian Jansen (Hrsg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985

Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, edition suhrkamp 354, Frankfurt am Main 1969

Dietrich Hildebrandt, „... und die Studenten freuen sich!“. Studentenbewegung in Heidelberg 1967–1973, Heidelberg 1991

Ekkehard Nüssli, Rolf Rendtorff, Wolff-Dietrich Webler, Scheitert die Hochschulreform? Heidelberg zum Exempel, rororo aktuell 1706, Hamburg 1973

Rolf Rendtorff, Kontinuität im Widerspruch. Autobiographische Reflexionen, Göttingen 2007

Eigenes Archiv (Zeitungsausschnitte, Flugblätter, unispiegel 1969–1976)

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

Beratung für Kirche, Politik und Kultur

www.wolff-christian.de